

# Prüfungskommission für Wirtschaftsprüfer

## Wirtschaftsprüfungsexamen gemäß §§ 5-14 a WPO

### 2. Aufsichtsarbeit in dem Modul „Wirtschaftliches Prüfungswesen, Unternehmensbewertung und Berufsrecht“

2. Halbjahr 2020

Termin: 12. August 2020

Bearbeitungszeit: 4½ Stunden

- Hilfsmittel:
1. Schönfelder, Deutsche Gesetze  
- Textsammlung und Ergänzungsband -
  - 2.a) International Financial Reporting Standards IFRS einschließlich International Accounting Standards (IAS) und Interpretationen, Die amtlichen EU-Texte Englisch-Deutsch, 13., aktualisierte Auflage, 2020, IDW Verlag GmbH
  - 2.b) International Financial Reporting Standards (IFRS) 2020, Deutsch-Englische Textausgabe der von der EU gebilligten Standards und Interpretationen, WILEY-VCH Verlag GmbH & Co. KGaA
- Zugelassen ist die Benutzung nur einer dieser Textausgaben! –
3. Wirtschaftsgesetze, 36., aktualisierte Auflage, 2020, IDW Verlag GmbH
  4. Nicht programmierbarer Taschenrechner

Die Aufgabenstellung umfasst einschließlich dieses Vorblattes **8 Seiten**.

**Bitte geben Sie nach Ende der Bearbeitungszeit  
auch die Aufgabenstellung ab!**

## Bearbeitungshinweise

Die Klausur besteht aus 7 Aufgaben. Alle Aufgaben sind zu bearbeiten.

Bei jeder Aufgabe sind die maximal erreichbaren Punkte angegeben; diese Punkte sollen zugleich einen Anhaltspunkt für die jeweils erforderliche Bearbeitungszeit darstellen. Es sind maximal 270 Punkte (270 Punkte = 270 Minuten Bearbeitungszeit) zu erreichen.

Gehen Sie nur auf die konkreten Fragestellungen ein und verzichten Sie auf allgemeine Darlegungen ohne Bezug zur jeweiligen Fragestellung!

Begründen Sie Ihre Ausführungen hinreichend. Legen Sie notwendige Berechnungen nachvollziehbar dar und beschreiben Sie gegebenenfalls auch den Weg zur Problemlösung.

Die Klausuraufgaben betreffen folgende Themenkreise:

### **Rechnungslegung**

Aufgabe 1	50 Punkte
Aufgabe 2	40 Punkte

### **Prüfung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung beim Einsatz von IT**

Aufgabe 3	50 Punkte
-----------	-----------

### **Berufsrecht**

Aufgabe 4	Unterstützung von Mandanten bei Rechnungslegungsfragen	25 Punkte
Aufgabe 5	Abgabe von Arbeitsproben im Ausschreibungsprozess	20 Punkte
Aufgabe 6	Lageberichtsprüfung unter Berücksichtigung von IDW PS 350 n.F.	40 Punkte
Aufgabe 7	Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers im Zusammenhang mit sonstigen Informationen (ISA 720 (Revised) (DE))	<u>45 Punkte</u>
		<u>270 Punkte</u>

## Rechnungslegung (90 Punkte)

### Aufgabe 1 (50 Punkte)

Die ABC-AG hat sich im Rahmen einer strategischen Investitionsüberlegung entschieden, Anteile an der XYZ GmbH zum 1. Januar 01 zu erwerben. Zweck der XYZ ist der Betrieb einer Biogasanlage.

Die AG erwirbt einen Anteil an der GmbH in Höhe von 30 %. Bei einem Stammkapital von 5 Mio. € ist eine Zahlung in Höhe von 1,5 Mio. € vertraglich vereinbart worden, die auf Basis einer Due Diligence als Wert festgelegt wurde. Hierbei sind der AG Kosten in Höhe von 50.000 € entstanden. Der Vertrag sieht außerdem vor, dass die AG gewisse, vor dem Übertragungstichtag entstandene Gewinnansprüche an den Veräußerer zu zahlen hat. Diese betragen 10 % vom Veräußerungspreis. Notarkosten fallen in Höhe von 20.000 € an.

Aus den Planungs- und Prognoserechnungen werden folgende Bilanzwerte abgeleitet (alle Werte in €):

	01	02	03	ab 04
Forderungen LL	120.000	150.000	140.000	130.000
Vorräte	400.000	420.000	400.000	440.000
Kasse	100.000	150.000	130.000	130.000
Verbindlichkeiten LL	500.000	530.000	520.000	520.000

Daraus ist außerdem ersichtlich, dass die Gesellschaft in den nächsten Jahren konstante Erträge sowie Aufwendungen erwirtschaften wird.

Umsatzerlöse	750.000 €
Materialaufwand	300.000 €
Abschreibungen	100.000 €
Personalaufwand	50.000 €
Sonstige Aufwendungen	50.000 €

Die AG geht im Rahmen der Bewertung eher „konservativ“ vor; bestehende Wahlrechte werden grundsätzlich ausgenutzt, wenn dies zu niedrigeren Wertansätzen führt.

- Würdigen Sie den Sachverhalt zum 1. Januar 01 hinsichtlich Ausweis und Ansatz der Beteiligung in der Bilanz der AG (handelsrechtlicher Jahresabschluss, HGB). Geben Sie erforderliche Buchungssätze an. (10 Punkte)
- Im Geschäftsjahr 01 treten auf Ebene der Biogasanlage einige technische Mängel auf, die zu teilweisen Betriebsunterbrechungen infolge von Reparaturzeiten führen. Die Reparaturkosten (jeweils 25.000 € in 02 und 03) kann die GmbH aus der laufenden Liquidität nicht begleichen. Da die Gesellschafter der GmbH weiteren Zuschüssen nicht zustimmen, nimmt sie bei ihrer Hausbank ein Darlehen (endfällige Tilgung) in Höhe von 50.000 € bei einem Zinssatz von 5 % sowie einer Laufzeit von 2 Jahren auf. Die Kosten

im Kontext der technischen Mängel und deren Folgen sind nicht in der Planungs- und Prognoserechnung enthalten.

Die Betriebsunterbrechungen führen zu um 10 % verminderten Einnahmen für die Jahre 02 und 03.

Der Hebesatz beträgt 400 %. Es ist außerdem ein Solidaritätszuschlag von 5,5 % zu berücksichtigen. Die Hinzurechnung der Schuldzinsen bei der Bemessungsgrundlage zur Ermittlung der Gewerbesteuer bleibt unberücksichtigt.

Der risikolose Zinssatz beträgt 2 %, die Marktrisikoprämie 5 %; der Beta-Faktor levered liegt bei 1,6. (40 Punkte)

- aa) Erläutern Sie verbal, welche Auswirkungen der dargestellte Sachverhalt im Abschluss der AG zum 31. Dezember 01 mit sich bringt. (10 Punkte)
- bb) Ermitteln Sie den beizulegenden Zeitwert der GmbH unter Verwendung des Total Cash Flow Approachs. (25 Punkte)
- cc) Geben Sie die erforderlichen Buchungssätze im Abschluss der AG zum 31. Dezember 01 an. (5 Punkte)

## **Aufgabe 2 (40 Punkte)**

Gemäß Kauf- und Übertragungsvertrag vom 1. Dezember 01 wollen mehrere Aktiengesellschaften (Verkäufergesellschaften V-AGs) ihre Anteile an der Z-AG (Zielgesellschaft) an die K-AG (Käufergesellschaft) verkaufen. Die Zielgesellschaft hatte dabei exklusive Vertriebsvereinbarungen mit den Verkäufern und den damit verbundenen Unternehmen i. S. d. §§ 15 ff. AktG geschlossen. Im Zuge des obigen Vertrages sollen nunmehr sog. Exklusivitäts-Aufhebungsvereinbarungen getroffen werden, die die Exklusivität der Altvertriebsvereinbarungen aufschiebend bedingt durch Wegfall des fusionskontrollrechtlichen Vollzugsverbotes nach § 41 Abs. 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) für diesen Vertrag aufheben. Die Aktien der Zielgesellschaft sind nicht verbrieft; der Anspruch auf Verbriefung ist satzungsmäßig ausgeschlossen.

Der Verkauf der Aktien der Z-AG erfolgt mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 02 (00:00 Uhr). Notwendige Beschlussfassungen auf Ebene der Zielgesellschaft zum Verkauf liegen zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses vor.

Der Kaufpreis für die Zielgesellschaftsaktien beträgt unter Berücksichtigung der aktuellen Ertragskraft der Gesellschaft jeweils 1,00 € (unabhängig vom Anteil der Verkäufer).

Dieser Vertrag gilt dann als vollzogen, sobald sämtliche der nachstehenden Voraussetzungen für den Vollzug vollständig erfüllt sind (sog. Vollzugsvoraussetzungen). Mit Eintritt aller Vollzugsvoraussetzungen unterzeichnen alle Parteien unverzüglich eine Vollzugserklärung. Käufer und Verkäufer verpflichten sich, die für die Vorbereitung der erforderlichen Fusionskontrollmeldungen benötigten Angaben rechtzeitig, vollständig und richtig zusammenzustellen. Folgende Vollzugsvoraussetzungen sind Bestandteil des Kauf- und Übertragungsvertrages:

- Wegfall des fusionskontrollrechtlichen Vollzugsverbotes nach § 41 Abs. 1 GWB
- Erfüllung aller finanzaufsichtsrechtlichen Anzeigepflichten durch die Parteien
- Aufhebungsvereinbarung (inkl. Verzichtserklärung) über sämtliche Altvertriebsvereinbarungen

- Unwiderrufliche, bedingungslose und vollständige Einzahlung eines Betrages durch die Verkäufer in die Kapitalrücklage der Zielgesellschaft (sog. Einzahlungsbetrag) in Höhe von insgesamt 15 Mio. €, wenn alle anderen Voraussetzungen erfüllt sind

Sie sind Abschlussprüfer der verkaufenden 1. V-AG (Anteil von 10 % am gezeichneten Kapital in Höhe von 25 Mio. €). Der anteilige Einzahlungsbetrag der zu prüfenden Gesellschaft (AG) beträgt für die 1. V-AG 1,5 Mio. €.

Am 28. Dezember 01 erfolgt die Kartellamtsfreigabe über das angemeldete Zusammenschlussvorhaben. Ein entsprechendes Schreiben geht bei der 1. V-AG am 3. Januar 02 ein. Die Zahlung des o. g. Einzahlungsbetrages steht zum Bilanzstichtag noch aus.

Der Leiter des Bereichs Rechnungslegung erfragt bei Ihnen, ob und wie dieser Sachverhalt zum Bilanzstichtag 31. Dezember 01 im Rahmen des Jahresabschlusses zu berücksichtigen ist. Infolge der bekannten Ertragsschwäche hatte die 1. V-AG den Beteiligungsbuchwert bereits in den Vorjahren auf 10 Mio. € abgeschrieben. Gehen Sie dabei auch auf die Aspekte Bilanzierung und Bewertung ein (handelsrechtlicher Jahresabschluss, HGB).

## **Prüfung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung beim Einsatz von IT (50 Punkte)**

### **Aufgabe 3 (50 Punkte)**

Im Rahmen eines Ausschreibungsprozesses werden Sie zum neuen Abschlussprüfer der GG Aktiengesellschaft mit Sitz in Deutschland gewählt. Im Kontext der von Ihnen vor Angebotsabgabe durchgeführten Risikoeinschätzung gehen Sie von einer hohen Komplexität der IT-Landschaft aus. Im Zuge der vorab geführten Gespräche mit dem Vorstand und der Abteilung Rechnungslegung erhalten Sie keine abweichenden Hinweise zu Ihrer ersten Einschätzung.

- a) Nennen Sie wesentliche Sicherheitsanforderungen beim Einsatz von IT gemäß IDW FAIT 1 und erläutern Sie diese kurz. (5 Punkte)
- b) Beschreiben Sie die gesetzlichen Anforderungen gemäß der GoB beim Einsatz von IT in der Rechnungslegung. (25 Punkte)
- c) Welche Vorkehrungen und Verantwortlichkeiten sind bei der Einrichtung von IT-Systemen mit Rechnungslegungsbezug zur Bewältigung von IT-Risiken zu berücksichtigen? (20 Punkte)

## **Berufsrecht (130 Punkte)**

### **Aufgabe 4: Unterstützung von Mandanten bei Rechnungslegungsfragen (25 Punkte)**

Sie werden als Wirtschaftsprüfer vom Vorstand der W-AG (große Kapitalgesellschaft nach § 267 Abs. 3 HGB), deren Jahresabschluss und Lagebericht von einem anderen Abschlussprüfer geprüft werden, um Unterstützung gebeten. Die W-AG hat im laufenden Geschäftsjahr erstmals Liefer- und Leistungsverträge abgeschlossen, bei denen neben der Lieferung von Produkten auch die Erbringung von zusätzlichen Serviceleistungen in den Folgejahren Vertragsgegenstand ist. Da es der W-AG an Erfahrungen mangelt, wie solche

Verträge nach HGB und IFRS in der Rechnungslegung abzubilden sind, bittet Sie der Vorstand um „Hinweise“ zu einer sachgerechten Rechnungslegung auf Grundlage der bestehenden Liefer- und Leistungsverträge.

Erläutern Sie,

- a) welche Alternativen Sie für die Ausgestaltung eines entsprechenden Auftrags sehen (10 Punkte);
- b) welche Vorkehrungen bei der Auftragsvereinbarung und -abwicklung in Abhängigkeit von der Ausgestaltung des Auftrags ggf. zu treffen sind. (15 Punkte)

Hinweis: Die inhaltliche Würdigung des Rechnungslegungssachverhalts ist nicht Gegenstand der Fragestellung.

### **Aufgabe 5: Abgabe von Arbeitsproben im Ausschreibungsprozess (20 Punkte)**

Die X-AG, eine börsennotierte Aktiengesellschaft, hat die Ausschreibung der Jahres- und Konzernabschlussprüfung zum 31. Dezember 2021 im Bundesanzeiger bekannt gemacht. Sie haben Ihr Interesse bekundet und daraufhin ein sog. Request for Proposal erhalten, in dem vom Prüfungsausschuss der X-AG verschiedene Informationen abgefragt werden, die von der X-AG für die Auswahl des Abschlussprüfers als entscheidungsrelevant angesehen werden.

Unter anderem enthält der Request for Proposal folgenden „Fachfragenkatalog“ zu einzelnen Sachverhalten:

„Haben Sie Anmerkungen zur Darstellung unserer Pensionsverpflichtungen, unserer sonstigen Rückstellungen sowie unserer erfolgsabhängigen Vergütungen (LTI- Pläne) im Anhang?

Wie beurteilen Sie die im Rahmen der IFRS 15-Einführung mit unserem bisherigen Prüfer abgestimmten Vereinfachungen?

- Percentage of Completion-Methode: Die PoC-Methode ist verpflichtend anzuwenden für Verträge mit einem Auftragswert von mindestens 5 Mio. €.
- Separate Leistungsverpflichtungen: Lagerleistungen bei Bill-and-Hold-Vereinbarungen, Draufgaben und exklusive Vertriebsrechte werden erst dann als separate Leistungsverpflichtung gezeigt, wenn diese je Art der Spezialität für den Gesamtkonzern einen Wert von 5 Mio. € überschreiten (im Rahmen von Verträgen mit Mindestabnahmemengen und Laufzeiten von mehr als einem Jahr).
- Finanzierungskomponenten: Auf die Berücksichtigung einer Finanzierungskomponente kann zum Beispiel bei vorausgezählten Investitionszuschüssen von Kunden verzichtet werden, wenn ein solcher Zuschuss 2 Mio. € pro Einzelsachverhalt und 10 Mio. € pro Gesellschaft unterschreitet.

Wie beurteilen Sie die Risikoberichterstattung und die Prognoseberichterstattung im Lagebericht der X-AG?“

Die Fragen sollen im Angebotsdokument schriftlich beantwortet und ggf. in einem Fachgespräch mit Mitarbeitern der X-AG erörtert werden.

Stellen Sie dar, welche Aspekte aus Ihrer Sicht im Zusammenhang mit den Fachfragen zu beachten sind, wenn eine Beantwortung in den Ausschreibungsunterlagen und in einem Fachgespräch mit Mitarbeitern der X-AG erfolgt?

*Hinweis: Die inhaltliche Würdigung der Rechnungslegungssachverhalte ist nicht Gegenstand der Fragestellung.*

**Aufgabe 6: Lageberichtsprüfung unter Berücksichtigung von IDW PS 350 n.F. (40 Punkte)**

Sie sind Abschlussprüfer der Y-AG, einer börsennotierten Aktiengesellschaft mit Abschlussstichtag 30. September eines Jahres. Die Y-AG ist verpflichtet, eine nichtfinanzielle Erklärung bzw. einen gesonderten nichtfinanziellen Bericht sowie eine Erklärung zur Unternehmensführung zu erstellen. Die Gesellschaft hat sich dafür entschieden, die nichtfinanzielle Erklärung und die Erklärung zur Unternehmensführung in den Lagebericht aufzunehmen.

Der Finanzvorstand der Y-AG kommt auf Sie zu, weil er gelesen hat, dass ein IDW PS zur Lageberichtsprüfung ergangen ist. Er möchte wissen, welche Aspekte damit für die Prüfung und ggf. die Aufstellung des Lageberichts verbunden sind.

*Hinweis: Da die Y-AG einen abweichenden Abschlussstichtag zum 30. September eines Jahres hat, ist der IDW PS 350 n.F. erstmals für den Abschlussstichtag 30. September 2020 zu beachten.*

Im Einzelnen trägt er folgende Fragestellungen für den Abschlussstichtag 30. September 2020 an Sie heran:

- a) Erläutern Sie die wesentlichen Veränderungen, die bei der Prüfung des Lageberichts auf der Grundlage des IDW PS 350 n.F. zu erwarten sind? (20 Punkte)
- b) Ist es zutreffend, dass bestimmte Angaben im Lagebericht nicht zu prüfen sind? Wenn ja, welche Arten von Angaben können das sein und welche Auswirkungen ergeben sich daraus auf den Bestätigungsvermerk? (10 Punkte)
- c) Welche Aspekte sind aus Sicht des Aufsichtsrats zu berücksichtigen (bezogen auf die nichtfinanzielle Erklärung oder in Verbindung mit der Prüfung des Lageberichts)? (10 Punkte)

**Aufgabe 7: Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers im Zusammenhang mit sonstigen Informationen (ISA 720 (Revised) (DE)) (45 Punkte)**

Ihr Mandant, die börsennotierte Z-AG, veröffentlicht einen Geschäftsbericht, in dem u. a. der Jahres- und Konzernabschluss, der zusammengefasste Lagebericht sowie die Bestätigungsvermerke zum Jahres- und Konzernabschluss und dem zusammengefassten Lagebericht enthalten sind. Der gesonderte nichtfinanzielle Bericht wird bis zum Datum der Erteilung des Bestätigungsvermerks auf der Internetseite der Gesellschaft veröffentlicht und ist nicht im Geschäftsbericht enthalten. Ob der Geschäftsbericht bereits bis zum Datum des Bestätigungsvermerks in einer endgültigen Fassung vorliegen wird, steht derzeit noch nicht fest.

- a) Erläutern Sie, was nach der Definition des ISA 720 (Revised) (DE) unter sonstigen Informationen zu verstehen ist und grenzen Sie diese beispielhaft gegen andere Informationen ab, die nicht zu den sonstigen Informationen nach ISA 720 (Revised) (DE) zählen. (10 Punkte)
- b) Welche Auswirkungen ergeben sich für Ihr Vorgehen in Abhängigkeit davon, ob der Geschäftsbericht bereits zum Datum des Bestätigungsvermerks vorliegt oder erst zu einem späteren Zeitpunkt fertiggestellt wird? (10 Punkte)
- c) Erläutern Sie auf der Grundlage des ISA 720 (Revised) (DE), welche Anforderungen an den Abschlussprüfer in Bezug auf sonstige Informationen bestehen; und beschreiben Sie anhand von Beispielen, wie Sie dabei vorgehen. (15 Punkte)
- d) Welche Auswirkungen ergeben sich für die Berichterstattung im Bestätigungsvermerk bei Vorliegen von sonstigen Informationen? Nennen Sie die einzelnen Bestandteile der Berichterstattung über das Lesen und Würdigen von sonstigen Informationen im Bestätigungsvermerk. Welche Umstände haben einen Einfluss auf die Berichterstattung im Bestätigungsvermerk? (10 Punkte)